

die Bürgerpartei zurück. Sie entgegnete, man brauche keinen österreichischen Juristen (den die Volkspartei ausersehen habe). Wenn der Landesverweser kein Jurist sei, dann wäre er von seinem Sekretär abhängig. Im übrigen sei der Sekretärsposten schon besetzt.<sup>117</sup> Auch der Versuch der Volkspartei, an die religiösen Gefühle des Volkes zu appellieren, schlug fehl. Dr. J. Peer sei ein freisinniger Politiker. Die katholische Volkspartei wolle keinen freisinnigen Landesverweser.<sup>118</sup> Dies war ein wenig überzeugender Einwand. Die politische Einstellung Dr. J. Peers erweckte auch auf kirchlicher Seite keine Bedenken. Jedenfalls vermerkt Prinz Eduard von Liechtenstein in einem Schreiben vom 6. April 1920 an Prinz Karl von Liechtenstein: «Er (Dr. Nipp) teilte mir mit, er habe bereits mit Kanonikus Büchel gesprochen, der keine Einwendungen gegen Peer erhebe. Im übrigen sei In der Maur auch liberal gewesen, habe aber zu keinen Beschwerden in dieser Hinsicht Anlaß gegeben. Man könne nicht viel auf diesem Gebiet verlangen.»<sup>119</sup>

Um die Widerstände gegen seine Ernennung in den Reihen der Volkspartei zu brechen, gab Dr. Peer in einem Brief vom 3. Mai 1920 an den Obmann der Volkspartei, Anton Walser-Kirchthaler, die Versicherung ab, daß er im Einverständnis mit dem Fürsten die Landesverweserstelle nur provisorisch annehmen werde.<sup>120</sup> Er erachte es als seine erste und vornehmste Aufgabe, mitzuhelfen, daß einer Gefährdung des Friedens zwischen Fürst und Volk auf dem Wege raschster Anbahnung einer Verfassungsrevision vorgebeugt werde. Dieses einseitige Versprechen vermochte aber die Volkspartei nicht zum Einlenken zu bewegen.

Nachdem auch die im Auftrage des Landesfürsten durchgeführten Vermittlungsversuche des Prinzen Johannes von Liechtenstein am 21. Mai 1920 in Vaduz erfolglos geblieben waren — die Volkspartei beharrte nach wie vor auf ihrer Forderung nach einer einheimischen Regierung —<sup>121</sup> machte sich in gewissen Kreisen der Wunsch nach einer Volksabstimmung über die Landesverweserfrage bemerkbar. Doch beide Parteien gaben in den ihnen nahestehenden Landeszeitungen zu verstehen, daß eine Volksabstimmung nicht in Frage

<sup>117</sup> Gemeint ist damit J. Ospelt. Vgl. L. V. Nr. 31, 17. April 1920 (Liechtenstein den Demagogen?).

<sup>118</sup> Vgl. O. N. Nr. 35, 1. Mai 1920 (Protest).

<sup>119</sup> LRA SF Präsidialakten 1920, Zl. 62.

<sup>120</sup> Veröffentlicht in L. V. Nr. 40, 19. Mai 1920.

<sup>121</sup> Vgl. O. N. Nr. 42, 26. Mai 1920; L. V. Nr. 43, 29. Mai 1920.